



Presseschau vom 19.11.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **US-Arzneimittelbehörde will komplette Zulassungsdaten für Pfizer-Impfstoff erst 2076 veröffentlichen**

Nicht nur in Europa, auch in den USA wird auf eine Veröffentlichung der Unterlagen zu den COVID-19-Impfstoffen gedrängt. Während in der EU Abgeordnete mit schwarzen Seiten bedient werden, greift die FDA in den USA zu einem Trick. ...

<https://kurz.rt.com/2q9d>

de.rt.com: **Iran warnt UNO und IAEA vor völkerrechtswidrigem israelischem Atomprogramm**

Während hinsichtlich von Kontrollen durch die Internationale Atomenergie-Organisation IAEA oft Iran im Fokus steht, warnte der iranische UN-Botschafter Majid Takht-Ravanchi davor, dass Israel sein Atomprogramm ohne jegliche Überwachung vorantreibt und gleichzeitig gegen internationale Regeln verstößt. ...

<https://kurz.rt.com/2q96>

Gert-Ewen Ungar: **Russiagate und die Tagesschau – ein Rückblick**

Schon im Wahlkampf 2016 initiierten Trumps Gegner eine Kampagne. Trump sei eine Marionette Moskaus. Die deutschen Medien haben sich der Kampagne angeschlossen. Inzwischen sind die Vorwürfe gegen Trump in sich zusammengefallen. Der wichtigste Zeuge

hat gelogen. ...

<https://kurz.rt.com/2q82>

*Seyed Alireza Mousavi: **Atomverhandlungen gehen in die nächste Runde: Ist Iran bereits ein atomarer Schwellenstaat?***

Die Urananreicherung in Iran läuft auf Hochtouren. Vor den anstehenden Verhandlungen mit dem Westen Ende November in Wien soll das Land einem Bericht zufolge die Schwelle zu einem Atomstaat bereits erreicht haben. ...

<https://kurz.rt.com/2q8e>

*Susan Bonath: **Herzprobleme nach Corona-Impfung – und immer mehr Berichte über verstorbene Jugendliche***

Seit der Empfehlung der STIKO für Impfungen gegen COVID-19 bei Kindern und Jugendlichen ab zwölf Jahren mehren sich Berichte insbesondere über junge Menschen, die nach der Impfung plötzlich verstorben sind. Herzprobleme scheinen eine große Rolle zu spielen. ...

<https://kurz.rt.com/2q95>

*Dagmar Henn: **Maas, Le Drian, ein Briefwechsel mit Lawrow und die Wahrheit***

Betreiben Deutschland und die EU noch Außenpolitik oder tun sie nur so? Wenn man einen Blick auf den jüngst veröffentlichten Briefwechsel zwischen dem russischen Außenministerium und den beiden Außenministern Heiko Maas und Jean-Yves Le Drian betrachtet, kommt man zu dem Schluss: Sie tun nur so. ...

<https://kurz.rt.com/2q9a>

abends/nachts:

de.rt.com: **Putin warnt: NATO hat alle Dialogmechanismen mit Russland unterbrochen**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat erklärt, die NATO habe alle Mechanismen des Dialogs mit Russland außer Kraft gesetzt. Er wies darauf hin, dass die NATO ihre militärische Infrastruktur demonstrativ und dreist näher an die Grenzen Russlands verlege.

Die NATO habe alle Mechanismen des Dialogs mit der Russischen Föderation abgebaut, und die Beziehungen zwischen Russland und dem Atlantischen Bündnis seien desolat. Dies sagte der russische Präsident Wladimir Putin bei einem erweiterten Kollegium des russischen Außenministeriums:

"Ähnlich, wenn nicht sogar noch bedrückender als mit der EU, entwickelt sich die Situation beim Atlantischen Bündnis, das eine betont konfrontative Haltung an den Tag legt und seine militärische Infrastruktur beharrlich und demonstrativ näher an unsere Grenzen bringt."

Putin betonte, dass Russland auf militärische Aktivitäten der NATO an seinen Landesgrenzen angemessen reagieren werde. Außerdem erinnerte er daran, dass die NATO russische Diplomaten ohne jede Erklärung des Landes verwiesen hatte:

"Dann sind sie beleidigt, dass ihre Mission in Russland geschlossen wurde. Warum beleidigt sein? Es war ihre Initiative. Sie haben es mit ihren eigenen Händen getan und suchen dann nach einem Schuldigen."

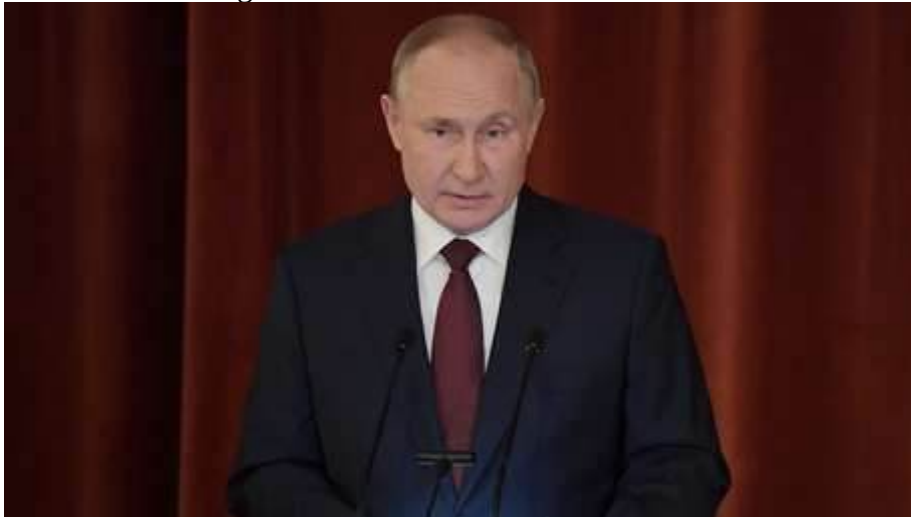
Brüssel müsse begreifen, dass der Abbau militärischer und politischer Spannungen nicht nur im Interesse Russlands, sondern auch im Interesse Europas und der Welt insgesamt liege.

Putin sagte:

"Wenn sie nicht mit uns zusammenarbeiten wollen, müssen wir das auch nicht. Wir brauchen es nicht wirklich. Ich denke, sie werden wollen. Sie geben bereits Signale, dass sie kooperieren wollen. Aber warum haben sie die Diplomaten ausgewiesen? Ohne jeglichen Grund. Ist es eine Art Sport für sie?"

Am 6. Oktober hatte das NATO-Sekretariat Russland offiziell über die Entscheidung von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg informiert, acht Mitgliedern der ständigen russischen Mission ab dem 1. November 2021 die Akkreditierung zu entziehen und die Gesamtzahl des diplomatischen Personals ab diesem Datum auf zehn zu reduzieren.

Daraufhin erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow, dass Russland die Arbeit seines Postamtes bei der NATO zum 1. November eingestellt habe und auch das Informationsbüro des Atlantischen Bündnisses in Moskau zum 1. November suspendiert worden sei. Für Kontakte mit Russland sollte sich die NATO nun an den russischen Botschafter in Belgien wenden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/61967998b480cc2ffd4ddbe0.jpg>

snanews.de: **WHO-Anerkennung von Sputnik V in naher Zukunft zu erwarten – RDIF-Chef**

Die Frage der Anerkennung des russischen Impfstoffs Sputnik V durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird laut Kirill Dmitriev, Leiter des russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF), voraussichtlich in den nächsten Monaten geklärt werden.

„Mit der WHO wird alles buchstäblich in naher Zukunft geklärt sein. Das russische Gesundheitsministerium spielt dabei eine Schlüsselrolle“, sagte Dmitriev in einem Interview auf dem Youtube-Kanal „Bell.Club Live“. „Es gibt noch einige bürokratische Schritte, die in den nächsten Monaten zu erledigen sind“, fügte er hinzu.

Der RDIF-Chef sagte auch, dass die Anerkennung russischer Impfstoffzertifikate für den Reiseverkehr zwischen den Ländern wichtiger sei als die Frage der WHO-Impfstoffanerkennung. Sputnik-Impfzertifikate würden dabei in 100 Ländern anerkannt. „Niemand zweifelt an der Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit des russischen Impfstoffs, auch nicht unsere größten Konkurrenten“, so Dmitriev.

Positive Nachrichten im nächsten Jahr zu erwarten

Dmitriev verwies darauf, dass das russische Gesundheitsministerium sich mit der Frage der Anerkennung von Zertifikaten befasse. Positive Nachrichten sind ihm zufolge im nächsten Jahr zu erwarten. „Wir sind für die gegenseitige Anerkennung von Impfstoffzertifikaten und hoffen, dass dies geschehen wird.“

Es sei zwar zu beobachten, dass eine Reihe von politischen Kräften versuchte, diese Anerkennung zu verhindern, aber viele Länder wollten russische Touristen aufnehmen, so Dmitriev. Daher akzeptierten 100 Länder Menschen, die mit Sputnik geimpft worden seien.

Verzögerung bei Sputnik-Auslieferungen vollständig behoben

Dmitriev sagte auch, dass die Verzögerungen bei der Lieferung des russischen Impfstoffs Sputnik V ins Ausland, die im Sommer aufgetreten seien bereits im August behoben worden seien.

„Eine der Schwierigkeiten ergab sich im Hochsommer, als die Impfrate in Russland stark anstieg und wir daher die zweite Komponente des Impfstoffs ein bis anderthalb Monate lang nicht ins Ausland liefern konnten. Aber alle Probleme sind gelöst, bei allen Impfstoffherstellern gab es Verzögerungen, und Ende August waren alle Verzögerungen abgeschlossen“, betonte Dmitriev.

Er verwies darauf, dass bereits mehr als 100 Millionen Menschen im Ausland mit dem russischen Impfstoff geimpft worden seien.

Zuvor hatten die Behörden Argentiniens, Guatemalas, der Philippinen und einer Reihe anderer Länder über Verzögerungen bei der Lieferung der zweiten Komponente des russischen Impfstoffs berichtet.

Anträge bei Gesundheitsministerium für Zulassung ausländischer Vakzine nötig

Damit ausländische Impfstoffe in Russland zugelassen würden, müssten ihre Hersteller Anträge beim Gesundheitsministerium einreichen, sagte der Leiter des RDIF. Bisher habe dies nur AstraZeneca getan.

Er fügte hinzu, dass das russische Gamaleja-Zentrum und das britisch-schwedische Unternehmen AstraZeneca die weltweit erste kombinierte Impfstoffstudie vorgeschlagen hätten.

Studien zeigen Wirksamkeit von Sputnik Light

Dmitriev zufolge haben diese Studien gezeigt, dass Sputnik Light als Auffrischungsimpfung sehr wirksam ist. Das RDIF bevorzuge Partnerschaften mit anderen Impfstoffen, und Kombinationen von Medikamenten seien die Zukunft, denn Kombinationsimpfstoffe hätten eine sehr gute Wirkung, so Dmitriev.

Der RDIF-Chef erklärte, dass in Argentinien bereits Studien durchgeführt worden seien in denen der Impfstoff Sputnik Light mit Sinopharm, AstraZeneca und Moderna kombiniert worden sei. Die Kombination von Sputnik Light mit einem dieser Impfstoffe erhöhe die Zahl der Antikörper gegen die Krankheit um das Zehnfache, so Dmitriev. Eine andere Studie in Mexiko, die auf der Website des mexikanischen Gesundheitsministeriums veröffentlicht wurde, ergab laut Dmitriev, dass die Nebenwirkungen von Sputnik V dreimal geringer waren als die anderer Impfstoffe.

Sputnik Light

Sputnik Light ist die erste Komponente des weltweit ersten Corona-Impfstoffs, Sputnik V, der vom Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie auf der Grundlage einer adenoviralen Plattform entwickelt wurde. Der Impfstoff ist bereits in mehr als 15 Ländern zugelassen, in weiteren 30 Ländern läuft derzeit das Genehmigungsverfahren.

Bei der ersten Spritze wird das nötige Gen mithilfe des Adenovirus Typ 26 in die menschlichen Zellen gebracht. Das Vakzin kann unabhängig, in Kombination mit anderen Impfstoffen sowohl als erste als auch als zweite Injektion oder bei Auffrischungsimpfungen verwendet werden. Der russische Direktinvestitionsfonds, der die Entwicklung von „Sputnik V“ mitfinanziert hat, ist auch für die weltweite Vermarktung zuständig.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/05/07/2004864_0:86:3335:1962_1920x0_80_0_0_950e5a08f6e72b47cf80c8d0c7cbd82.jpg

de.rt.com: **Taiwan präsentiert US-amerikanische Kampffjets im Wert von über vier Milliarden Dollar**

Das Staatsoberhaupt Taiwans hat im Beisein von US-Diplomaten die Inbetriebnahme von US-amerikanischen Kampffjets verkündet. Angesichts der ohnehin schon angespannten Lage in der Straße von Taiwan dürfte dies in Peking als Provokation aufgefasst werden.

Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen hat am Donnerstag in einer Zeremonie ein Kampfgeschwader des Landes mit modernen, in den Vereinigten Staaten hergestellten F-16-Kampfflugzeugen enthüllt. Sie bezweckte damit, die neuen Fähigkeiten der taiwanesischen Luftwaffe im Kampf gegen das chinesische Festland zu demonstrieren.

Die Aufrüstungsmaßnahme, die umgerechnet etwa 3,48 Milliarden Euro kostet, wurde gemeinsam vom US-amerikanischen Hersteller Lockheed Martin Corporation und der taiwanesischen Aerospace Industrial Development Corporation durchgeführt.

Auf der Veranstaltung pries Taiwans Regierungschefin die neuen F-16 als Garantie dafür, dass die Verteidigung der Insel angesichts der zunehmenden Spannungen mit China "noch stärker" sein werde. Sie lobte die USA dafür, dass es trotz des Widerstands Chinas an der Zusammenarbeit mit der Insel festhalte. In Anwesenheit einer US-Diplomatin erklärte sie: "Solange wir an den Werten von Demokratie und Freiheit festhalten, wird es mehr gleichgesinnte Länder geben, die mit uns an der gleichen Front stehen."

Im Oktober hatte Peking an vier aufeinander folgenden Tagen eine Rekordzahl von 150 Kampfflugzeugen in die einseitig von Taiwan ausgerufenen sogenannte „Luftverteidigungszone“ der Insel geschickt, die China nicht anerkennt und auch sonst keine völkerrechtliche Legitimation hat. Im vergangenen Jahr haben die chinesischen Luftstreitkräfte nach Angaben Taipehs ihre militärischen Aktivitäten in und um Taiwans Luftverteidigungszone verstärkt.

China hat Behauptungen zurückgewiesen, es provoziere einen Konflikt mit Taiwan, das es als integralen Bestandteil seines Landes betrachtet, und beschuldigte Washington, die Separatistenbewegung auf der Insel zu ermutigen. Peking erklärte mit Nachdruck, dass die "Unabhängigkeit Taiwans" eine Sackgasse sei und Peking "alle Schritte" unternehmen werde, um sicherzustellen, dass die Insel ein Bestandteil Chinas bleibt.

Der erfolgreiche Entwicklungsprozess der F-16-Kampffjets wurde von Taiwan als das jüngste sichtbare Zeichen der militärischen Partnerschaft zwischen Washington und Taipeh angesehen. Im Jahr 2019 genehmigten die USA den Verkauf von F-16 an Taiwan im Wert von umgerechnet etwa 7 Milliarden Dollar, womit sich die Gesamtzahl der Kampffjets in der Flotte der Insel auf 200 erhöhen würde.

Im Rahmen der Ein-China-Politik sieht die Volksrepublik China Taiwan als chinesische Provinz an. Das ist auch die vorherrschende völkerrechtliche Meinung. Die USA hatten sich in den 1970er Jahren offiziell zwar ebenfalls zu diesem Prinzip bekannt – ebenso wie die taiwanesischen Führung Anfang der 1990er Jahre. Allerdings herrschen Differenzen hinsichtlich der genauen Auslegung des Ein-China-Prinzips.

Taiwan war jahrhundertlang Teil des chinesischen Reiches. Nach der Niederlage im chinesischen Bürgerkrieg zogen sich die Nationalisten unter Chiang Kai-shek 1949 auf die Insel Taiwan zurück, wo sie eine unabhängige "Republik China" ausriefen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/61969374b480cc2fd14ca384.JPG>

snews.de: **Putin: Westen instrumentalisiert Migrationskrise, um Weißrussland unter Druck zu setzen**

Länder des Westens instrumentalisieren die Migrationskrise, um den Druck auf Weißrussland aus Sicht des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, noch weiter zu verstärken.

„Man kann nicht umhin zu sehen, dass westliche Länder die Migrationskrise an der weißrussisch-polnischen Grenze missbrauchen, um einen neuen Anlass zum Schüren von Spannungen zu finden. Dabei setzen sie sich über eigene Verpflichtungen in der humanitären Sphäre hinweg“, sagte der russische Staatschef am Donnerstag in einer Sitzung des Kollegiums des Außenministeriums in Moskau.

Scharfe Kritik an Polen

Scharfe Kritik übte Putin an Polen, dessen Grenzsoldaten und Sicherheitskräfte an der Grenze zu Weißrussland Gewalt gegen Flüchtlinge, darunter auch Kinder, anwendeten.

Dort gebe es unter anderem Kleinkinder, auch sie würden mit Wasser übergossen. Polnische Sicherheitskräfte setzten Tränengasgranaten ein. Putin erinnerte daran, dass nachts entlang der Grenze polnische Hubschrauber flögen und Sirenen heulten.

Polen misst mit zweierlei Maß

„2014 hatte die polnische Führung versucht, den Einsatz (derartiger Mittel) in der Ukraine unter Präsident Viktor Janukowitsch zu verhindern, weil ‚derartige Mittel gegen die Zivilbevölkerung nicht angewendet werden dürfen‘. Und was tun sie jetzt selber?“, fragte Putin.

Migrationskrise an weißrussisch-polnischen Grenze

Europa wirft Weißrusslands Präsident, Alexander Lukaschenko, vor, die Krise um die Migranten künstlich herbeigeführt zu haben, um Druck auf die EU auszuüben. Er hatte als Reaktion auf die europäischen Sanktionen gegen sein Land im Sommer angekündigt, keine Migranten auf dem Weg in die EU mehr aufzuhalten. Zuletzt hatte Lukaschenko aber betont, er habe nichts mit der Vielzahl der Ankömmlinge zu tun.

Unterdessen harren an der weißrussisch-polnischen Grenze einige Tausend Flüchtlinge aus dem Nahen Osten aus, nachts auch bei Temperaturen um den Gefrierpunkt. Mehrere wurden

am Dienstag von der weißrussischen Seite in einer in einem Logistikzentrum eingerichteten Unterkunft einquartiert.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/0b/12/4377726_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_928c32c03d7bd9ba98d14bcaba1854ce.jpg

de.rt.com: Sacharowa: Wir erwarten Reaktion auf Veröffentlichung von Lawrows Briefwechsel mit Kollegen

Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat erklärt, dass der Westen bisher auf die Veröffentlichung von Lawrows Briefwechsel mit Heiko Maas und Jean-Yves Le Drian nicht reagiert habe. Die Korrespondenz bezieht sich auf ein mögliches Treffen im Normandie-Format.

Moskau wartet nach der Veröffentlichung des Briefwechsels des russischen Außenministers Sergei Lawrow mit seinen Amtskollegen aus Deutschland und Frankreich auf eine Reaktion des Westens. Diese bleibe bisher aus, so die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa. Sie betonte:

"Ich denke, es wird eine Reaktion geben, sie sollte folgen, denn es gibt eine Menge Material. Journalisten in diesen Ländern haben offensichtlich viele Fragen."

Sacharowa präzisierte, dass die veröffentlichte Korrespondenz Russlands Vorschläge zum Normandie-Format enthalte. Aktuell sehe Moskau keinen Sinn mehr in diesen Treffen, hieß es weiter:

"Das Problem ist, dass leere Treffen, die ihnen als eine Art Nachsicht gegenüber weiterem, absolut hässlichem Verhalten des Kiewer Regimes seinen eigenen Bürgern gegenüber erscheinen, keinen Sinn ergeben. Aber wenn dieses Treffen mit genauer Bedeutung gefüllt wird und dieser Briefwechsel alle unsere Vorschläge enthält, warum nicht?"

Am Mittwoch beschloss das russische Außenministerium, die diplomatische Korrespondenz zwischen dem russischen Außenminister Sergei Lawrow und seinem französischen beziehungsweise deutschen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian und Heiko Maas zu veröffentlichen, um Verzerrungen der Moskauer Position in Bezug auf Beilegung des Konflikts in der Ukraine entgegenzuwirken.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6196aba948fbef46ae55bfd6.jpg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 18. November 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Russland: Gewaltsame Antwort auf israelische Bombardements auf Syriens Staatsgebiet wäre unproduktiv

Russland ist gegen die rechtswidrige Bombardierung syrischer Gebiete durch Israel, doch in jetziger Lage wäre eine gewaltsame Antwort darauf kontraproduktiv. Diese Einschätzung gab der Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten für Syrien, Alexander Lawrentjew, ab. Eine gewaltsame Antwort auf die gleichwohl rechtswidrigen Bombardements von Zielen auf Syriens Staatsgebiet durch Israel wäre momentan kontraproduktiv. Diese Lageeinschätzung gab der Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten für Syrien, Alexander Lawrentjew, bei einem Rundtischgespräch in Damaskus im Rahmen des Besuchs einer russischen behördenübergreifenden Delegation. Es folgen Zitate durch die russische Nachrichtenagentur TASS:

"Nun zur Frage der illegalen Bombardierung syrischen Territoriums durch Israel. Wir lehnen diese unmenschlichen Aktionen kategorisch ab und rufen dazu auf, auf allen Ebenen mit der israelischen Seite über die Notwendigkeit zu sprechen, die Souveränität und territoriale Integrität Syriens zu respektieren und diese Bombardierungen einzustellen."

Allerdings, so Lawrentjew, wäre "in diesem Zusammenhang eine gewaltsame Reaktion kontraproduktiv, weil niemand einen Krieg auf dem Gebiet der Arabischen Republik Syrien braucht". Gleichzeitig betonte er, dass derartige Maßnahmen Israels dem Völkerrecht zuwiderlaufen, und kündigte an, man werde weiter daran arbeiten, dass diese eingestellt würden:

"Syrien darf nicht in ein Schlachtfeld zur Abrechnung mit irgendwelchen Gegnern, auch nicht mit regionalen, verwandelt werden. Deshalb werden wir unsere Arbeit in dieser Richtung fortsetzen und uns um eine bedingungslose Einstellung dieser Aktionen bemühen."

An der Diskussion unter dem Motto "Syrien in einer globalen Blockade. Wie lässt sich der Krieg gewinnen und der Frieden nicht verlieren?", nahmen syrische und russische Diplomaten, Regierungsbeamte und Vertreter der Wissenschafts- und Fachwelt teil.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6196551948fbef41c63f56c9.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 18. November 3:00 Uhr bis 19. November 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Wasiljewka, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks).**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 14.

snanews.de: Hochrangige deutsche Diplomaten verhandeln erstmals mit Taliban in Afghanistan

Erstmals seit der Machtergreifung der Taliban in Afghanistan vor drei Monaten haben zwei hochrangige deutsche Diplomaten und ein niederländischer Amtskollege am Donnerstag Kabul besucht, wo sie Gespräche mit der Taliban-Regierung führten.

Wie das Auswärtige Amt mitteilte, besuchten die afghanische Hauptstadt der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Jasper Wieck, der niederländische Afghanistan-Sondergesandte, Emiel de Bont, und der designierte deutsche Botschafter in Afghanistan, Markus Potzel.

Es ging um Fragen, „in denen eine praktische Zusammenarbeit sowohl erforderlich als auch möglich ist“. Insbesondere gelte das bei der Bewältigung der humanitären Notlage der afghanischen Bevölkerung.

Die Taliban-Regierung bekannte sich laut dem Auswärtigen Amt dazu, humanitären Helfern einen „sicheren und ungehinderten Zugang zu hilfsbedürftigen Gemeinschaften und Menschen zu gewährleisten“. Deutschland und die Niederlande bekräftigten ihre Bereitschaft, der afghanischen Bevölkerung, gerade mit Blick auf den nahenden Winter, umfangreiche humanitäre Hilfe zu leisten.

Die Möglichkeit, zusätzlich zur humanitären Hilfe die Grundversorgung zu unterstützen, sei vor allem mit Blick auf den Bildungs- und Gesundheitssektor besprochen worden. Die Vertreter der Taliban-Regierung hätten ihr Verständnis dafür gezeigt, „dass der gleichberechtigte Zugang von Mädchen und Jungen zu Bildung eine nationale Notwendigkeit für Afghanistan darstellt“. Insbesondere ging es um das allgemeine Recht auf Grund- und Sekundarschulbildung bis zur 12. Klasse und die Notwendigkeit, dass Lehrerinnen ihre überaus wichtige Arbeit von Klasse eins bis Klasse zwölf wahrnehmen könnten. Derzeit ist den meisten Schulmädchen der Klassen sieben bis zwölf die Teilnahme am Unterricht untersagt. Die meisten Frauen im öffentlichen Dienst dürfen seit der Machtübernahme der Taliban nun nicht mehr arbeiten.

Die Taliban hätten sich außerdem zu der von ihnen bei der Machtübernahme verkündeten Generalamnestie für ihre Gegner bekannt und erneut all jenen Afghanen freie Ausreise zugesichert, die das Land verlassen wollten. Um dies zu ermöglichen, sei praktische Zusammenarbeit notwendig, betonte das Auswärtige Amt.

„Wir haben die Zusagen zur Kenntnis genommen. Ein weiteres Engagement hängt von deren Umsetzung ab“, teilte das Auswärtige Amt mit. Die Delegation dankte laut der Mitteilung dem Golf-Emirat Katar für die Unterstützung bei dem Besuch.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/11/4351682_0:119:3072:1847_1920x0_80_0_0_803e04e6e18e7b866ed93edfef30eb6b.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 19. November um 9:00 Uhr 20.248 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 16.177 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 2808 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 18. November wurden in der DVR 2591 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 999 positiv, bei 8 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 104 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, genauso viel wie am vorangegangenen Tag. Davon wurden 60 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2293 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1419 mit Sauerstoffunterstützung (+39 in den letzten 24 Stunden).

Am 19. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 101.213 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

17.353 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 76.126 als gesund entlassen, es gibt 7734 Todesfälle.

nachmittags:

snanews.de: **Kämpfe an Grenze zu Aserbaidtschan vom 16. November: Armenien aktualisiert Zahl der Todesopfer**

An der Grenze zu Aserbaidtschan sind bei den jüngsten Kämpfen insgesamt sechs Militärangehörige ums Leben gekommen. Die aktualisierte Zahl der Todesopfer machte Armeniens Verteidigungsministerium am Freitag publik.

„Während der Kämpfe am 16. November, die durch den Angriff von Einheiten der Streitkräfte Aserbaidtschans begannen, gibt es von der armenischen Seite zu diesem Zeitpunkt sechs Todesopfer“, so Armeniens Verteidigungsministerium in seinem Twitter-Account. Ein Todesopfer sei noch nicht identifiziert worden. Unter Vermittlung der russischen Seite wird demnach die Arbeit an der Rückkehr der gefangenen Soldaten ins Heimatland fortgesetzt.

Derzeit (Stand: 10.00 Uhr Ortszeit) ist die Lage an der armenisch-aserbaidtschanischen Grenze relativ ruhig.

Zuvor hatten Armenien und Aserbaidtschan Opfer nach erneuten Kämpfen an der Grenze beklagt. Nach Angaben aus Jerewan waren aserbaidtschanische Militärkräfte am Dienstag, den 16. November, auf das Staatsgebiet Armeniens vorgedrungen. Das armenische Verteidigungsministerium meldete damals, dass ein Militärangehöriger ums Leben gekommen sei. Es gebe 13 Gefangene. Darüber hinaus fehle jede Verbindung zu weiteren 24 Armeeingehörigen. Aserbaidtschan meldete sieben tote Soldaten und zehn Verletzte.

Kurz darauf hatte Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu ein Telefongespräch mit seinen Amtskollegen aus Aserbaidtschan und Armenien geführt und betont, dass Moskau bereit sei, zur Stabilisierung der Situation beizutragen. Danach stoppten die Kämpfe.

Am Donnerstag hatte Aserbaidtschan einen neuen Beschuss seiner Positionen an der Grenze durch Armenien gemeldet. Die Attacke wurde abgewehrt. Es habe keine Verluste unter den aserbaidtschanischen Kräften gegeben.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/13/4385953_0:0:3068:1727_1920x0_80_0_0_12d49bf733a709c1b975fd377f0555f5.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 13. bis 19. November 2021**

In den letzten 24 Stunden wurden zwei Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten des Gegners festgestellt.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 25. und 54. Brigade von den Positionen in den Gebieten von Marjinka und Nowoselowka Wtoraja aus die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk und **Wasiljwka** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen und 14 Mörsergeschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner einmal das Regime der Feuereinstellung verletzt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 54. Brigade von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk mit 82mm-Mörsern beschossen und 15 Mörsergeschosse abgefeuert.

In der letzten Woche wurden insgesamt **17 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat Ortschaften der Republik unter Einsatz von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm beschossen. Außerdem wurden Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt. Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich **11 Ortschaften**: Kominternowo, Golmowskij, Tawritscheskoje, Belaja Kamenka, Petrowskoje, Styla, Nowolaspa, Losowoje, Werchnetorezkoje (jushnoje), Sajzewo (jushnoje), die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks. Infolge des Beschusses am 17. November wurden Schäden an drei Wohnhäusern in Losowoje festgestellt:

Uliza Feta 16/1 – Fensterverglasung, Türen, Fassade und Zaun;

Uliza Feta 19/4 – Fensterverglasung;

Uliza Feta 19/5 – Zaun, Dach und Wirtschaftsgebäude.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer 15 Stück **Waffen und Militärtechnik in neun von der Ukraine kontrollierten Ortschaften** stationiert.

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

ein Schützenpanzerwagen in der Nähe eines Wohnhauses in Nowokalinowoje.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Granitnoje.

Aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade:

ein Panzertransporter in einem Wohngebiet von Pobeda.

Aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade:

ein Schützenpanzer und ein Antipanzergeschütz in der Nähe von Nowgorodskoje.

Aus dem Bestand der 56. Panzergrenadierbrigade:

ein Minenräumungsfahrzeug und zwei Mineninstallationsfahrzeuge GMS-3 in der Nähe von Wohnhäusern in Netajlowo;

ein Schützenpanzer und ein Panzertransporter in einem Wohngebiet von Karlowka;

zwei Panzertransporter in einem Wohngebiet von Sarja;

ein Schützenpanzerwagen im Gebiet von Nowobachmutowka;

zwei Antipanzerraketekomplexe „Konkurs“ in einem Wohngebiet von Shelannoje.

Um die Entdeckung von verbotenen ukrainischen Waffen zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt.

In der letzten Woche wurden **40 Fälle der Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Beobachter** entlang der Kontaktlinie in den Gebieten von 30 Ortschaften festgestellt: Fjodorowka, Jushnoje, Nowoluganskoje, Gnutowo, Poltawka, Andrejewka, Nowoandrewka, Pischtschewik, Galizinowka, Priwolje, Nowgorodskoje, Rajskoje, Stepnoje, Starowarwarowka, Nowotroizkoje, Sergejewka, Warwarowka, Wodjanoje, Rasino, Roganskoje, Krasnogorowka, Werchnetorezkoje, Nikolajewka, Nowonikolajewka, Bogdanowka, Wolnowacha, Luganskoje, Newelskoje, Nikolajpolje und Orlowskoje. Außerdem haben die ukrainischen Streitkräfte trotz des Verbots zum Einsatz jeglicher Fluggeräte in der Vereinbarung über Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueinstellung **Drohnen zur Aufklärung** im Verantwortungsbereich der 93. Brigade eingesetzt.

Außerdem haben Beobachter der OSZE-Mission im am 16. November veröffentlichten Bericht der Mission die Eröffnung des Feuers von den Positionen der 25. Luftlandebrigade im Gebiet der Donezker Filterstation erfasst.

So erlaubt es das Ignorieren seiner Verpflichtungen durch das offizielle Kiew den Beobachtern der OSZE-Mission nicht, in vollem Umfang ihr Mandat zu erfüllen und die von den ukrainischen Kämpfern stationierten verbotenen Waffen und Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung zu erfassen.

Wir rufen die Einwohner der von der Ukraine besetzten Territorien des Donbass auf, die Stationierung von Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten ziviler Infrastruktur nicht zuzulassen und über alle entdeckten Fälle die Beobachter der OSZE-Mission zu informieren.

Nach Informationen von örtlichen Einwohnern von Ortschaften hat das Kommando der OOS **Gruppen von Offizieren für zivil-militärische Zusammenarbeit** unter Leitung der Abteilung für Koordination des Obersten Ljamsin **in die frontnahen Ortschaften geschickt**. Hauptaufgabe dieser Gruppen ist die Arbeit mit der örtlichen Bevölkerung und die Unterdrückung der Unzufriedenheit der Einwohner, die durch die Stationierung von Waffen der ukrainischen Streitkräfte in Wohngebieten hervorgerufen wird. Bemerkenswert ist, dass zu diesen Gruppen auch Mitarbeiter des SBU gehören, die besonders aktive Einwohner durch Drohungen und strafrechtliche Verfolgung wegen Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen einschüchtern.

Innerhalb einer Woche haben die Gruppen für militärisch-zivile Zusammenarbeit etwa 200 Personen entdeckt, die mit den Handlungen von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in den Ortschaften unzufrieden sind. Informationen über diese Bürger wurden an die Hauptabteilung des SBU in der Donezker Oblast übergeben, die Einwohner selbst wurden festgenommen und mit ihnen werden prophylaktische Maßnahmen durchgeführt.

Die Verbände und Truppenteile der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ unter Kommando Tarnawskijs erleiden vor dem Hintergrund des schlechten moralisch-psychischen Zustands des Personals weiter **nicht kampfbedingte Verluste**.

Im Zeitraum vom 13. bis 19. November betrug die nicht kampfbedingten Verluste im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ sechs Mann, davon zwei Tote:

Am 14. November verletzte ein Mechaniker/Fahrer an der Eisenbahnstation Rodinskoje die Sicherheitsbestimmungen und fuhr mit einem Panzer auf den Kämpfer eines Panzerbataillons der 58. Brigade Wasnezow, der an seinen Verletzungen starb.

Vom 15. auf den 16. November entstand auf den Positionen des 2. Luftsturmbataillons der 95. Brigade im Gebiet von Schumy ein Brand an einem Unterstand, in der Folge kam ein Kämpfer mit Brandverletzungen an den oberen Gliedmaßen ins Krankenhaus.

Am 16. November starb ein Kämpfer infolge dessen, dass zwei Autos des 37. Bataillons der 56. Brigade auf Minen gerieten, drei weitere wurden unterschiedlich schwer verletzt.

Wir stellen weiter Fälle von **Korruption und Erpressung unter den Soldaten in der OOS-Zone** fest.

Der ehemalige Leiter der Donezker Oblastverwaltung Pawel Shebriwskij, der derzeit Leiter der gesellschaftlichen Organisation für militärisch-zivile Zusammenarbeit „Kampfbruderschaft der Ukraine“ ist, leitet ein Projekt zum Bau einer orthodoxen Kirche am Rand von Mariupol, die angeblich im Gedenken an getötete ukrainischen Soldaten gebaut wird.

Tatsächlich ist der Bau der Kirche ein Deckmantel für Korruptionsschemata Shebriwskijs, der in einer kriminellen Absprache mit Brigadekommandeuren der ukrainischen Streitkräfte und geistlichen monatlich Gelder von ukrainischen Kämpfer angeblich für den Bau einsammelt.

Nach unseren Informationen hat Shebriwskij den Posten eines Leiters der Donezker Oblastverwaltung im Zusammenhang mit gesetzwidrigen Ausgaben von Haushaltsmitteln, die von der Regierung der Ukraine für die Entwicklung und Reparatur von ziviler Infrastruktur in der Donezker Oblast zugewiesen worden waren, verlassen. Dieser Fall kam nicht an die Öffentlichkeit und er verließ seinen Posten auf eigenen Wunsch. Jetzt bereichert sich

Shebriwskij erfolgreich an ukrainischen Kämpfern.

In der letzten Woche hat die Volksmiliz den siebenten Jahrestag ihrer Gründung gefeiert. In diesen Jahren schützten die Verteidiger der Republik mutig und standhaft die Bürger der DVR gegen die ukrainische Aggression. Indem sie regelmäßig ihre professionellen Fertigkeiten auf den Übungsplätzen perfektionieren, sind die Soldaten der Volksmiliz bereit, auch weiter effektiv die Grenzen unserer Republik zu schützen.

Die militärischen Traditionen der Volksmiliz werden an die wehrpflichtigen Soldaten weitergegeben, die sich weiter ihren militärischen Beruf im Übungszentrum und auf Übungsplätzen aneignen. Dabei wurde die besondere Aufmerksamkeit der Wehrpflichtigen in dieser Woche den Übungen zu militärischer, taktischer, technischer und gesellschaftlich-staatlicher Ausbildung gewidmet.

de.rt.com: **Kreml: USA senken Schwelle für einen Atomschlag**

Moskau ist besorgt über Washingtons Haltung zur Rolle von Atomwaffen und die Bereitschaft, die Schwelle für deren Einsatz zu senken. Nicht zuletzt deswegen droht bei einer Stationierung neuer Mittel- und Kurzstreckenraketen in Europa eine weitere geopolitische Krise.

Bei den USA sitzt die Bombe immer lockerer. Der Ersteinsatz von Atomwaffen wird nicht nur durch die Einführung neuer Modelle mit kleinerer Sprengkraft begünstigt, sondern auch aktiv in die US-Militärdoktrin integriert. Darüber hinaus könnte eine von den USA geplante Stationierung neuer bodengestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa zu einer neuen geopolitischen Krise führen. Diese Besorgnis äußerte der stellvertretende russische Außenminister Sergej Rjabkow am Donnerstag live im Ersten Russischen Fernsehen. Hier zitiert von der russischen Nachrichtenagentur TASS:

"Uns macht vieles Sorgen, was bei den US-Amerikanern hinsichtlich ihrer Haltung zur Rolle der Nuklearwaffen passiert. Sie senken die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen, bereiten sich doktrinär und materiell darauf vor."

Auch die Umsetzung der Pläne der USA und Großbritanniens zur Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa kann zu einer weiteren geopolitischen Krise führen, warnte der Diplomat:

"Wir haben große Fragen bezüglich der Aussicht auf neue Mittel- und Kurzstreckenraketen in Europa, denn dahin entwickeln sich die Dinge. Hier bahnt sich offenbar eine neue Krise an." Nicht zuletzt sei Moskau auch besorgt darüber, dass die Raketenabwehr "einen zunehmend globalen Charakter" erhalte.

Anfang September hatte sich Rjabkow bereits zu den Plänen des Pentagons geäußert, in Deutschland ein zusätzliches kombiniertes Waffenkontingent aus Feldartillerie, Raketen- und Luftabwehr zu stationieren. Er wies darauf hin, dass Russland die Gespräche mit den USA und der EU über ein beidseitiges Moratorium für die Stationierung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in Europa nicht eingestellt habe.

Am 2. November 2021 hatte das Strategische Kommando (STRATCOM) der US-Streitkräfte den Beginn der jährlichen Übung Global Thunder 22 auf US-Staatsgebiet angekündigt. Erklärtes Ziel der Übung ist, die Möglichkeiten einer weiteren Verbesserung der Bereitschaft der Nuklearstreitkräfte und der strategischen Abschreckungsfähigkeiten der USA zu bewerten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/61978eccd48fbef7556744f28.jpg>

Mil-Inr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 19. November 2021

Die ukrainischen Kämpfer terrorisieren weiter die Einwohner der Republik, indem sie Wohngebiete von Ortschaften zielgerichtet beschießen.

Heute haben Kämpfer der 79. Brigade, ein weiteres Mal den zweiten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle und Verstärkung des Regimes der Feueinstellung verletzend, von den Positionen in der Nähe von Lopaskino aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Luzenko **Dolgoje** mit 82mm-Mörsern beschossen und vier Mörsersgeschosse abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurde eine örtliche Einwohnerin, geb. 1974, verletzt. Die Verletzte wurde in die chirurgische Abteilung des Stadtkrankenhauses von Slawjanoserbsk gebracht, wo sie qualifizierte medizinische Behandlung erhält.

Außerdem wurde durch den Beschuss ein Wirtschaftsgebäude in der Uliza Mira 7/2 beschädigt.

Wir fordern von der Führung der Vertretungen der OSZE und der UNO in der Republik, diesen Fall von Aggression von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu registrieren und erwarten eine Reaktion auf das von ihnen begangene Kriegsverbrechen.

snanews.de: Russland wird Augen nicht vor größten Provokationen der Nato und EU verschließen – Lawrow

Russland wird die Augen nicht vor den größten Provokationen seitens der Nato- und EU-Länder, darunter auch vor der Förderung militaristischer Stimmungen in der Ukraine, verschließen. Das erklärte am Freitag der russische Außenminister Sergej Lawrow nach Verhandlungen mit seiner schwedischen Amtskollegin Ann Linde.

„Wir werden die Augen nicht vor jenen größten Provokationen verschließen, die wir täglich seitens der Nato-Mitglieder und immer öfter seitens der EU beobachten, darunter auch nicht vor ihrem Versuch, den Militaristen in der Ukraine zuzuspielen, irgendwelche Übungs-Trainings-Militärmissionen für die Ukrainer zu organisieren, die ukrainische Armee auf dieselben Handlungen vorzubereiten, mit denen sie ständig droht, wobei sie erklärt, dass sie mit Gewalt den Donbass einnimmt, ohne sich die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zu wünschen, sowie sich an der Krim vergreift“, so Lawrow.

Die kämpferische Rhetorik und Militärvorbereitungen in der Ukraine stoßen laut seinen Worten auf keine prinzipielle Bewertung seitens des Westens. Dabei betonte der Minister, dass Moskau zu einem Dialog mit dem Westen bereit sei.

„Wir sehen, was passiert. Aber ich versichere Ihnen, wir werden niemals zulassen, dass unsere

gesetzlichen nationalen Interessen auf irgendeine Weise verletzt werden. Wir haben alles, um das zu garantieren.“

Aktuelle Spannungen zwischen Russland und dem Westen

Zuvor hatten sich die Verteidigungsminister Großbritanniens und der Ukraine in einer gemeinsamen Erklärung darauf verständigt, dass sie Russland zwar nicht feindselig gegenüberstehen wollten, aber über „dessen militärische Aktivitäten an der Grenze zur Ukraine“ besorgt seien.

Die Zeitung „Mirror“ hatte am 13. November unter Berufung auf mit der Situation vertraute Quellen berichtet, dass sich Großbritannien bereit erklärt habe, „aus Angst vor einer angeblich bevorstehenden russischen Invasion“, bis zu 600 Soldaten einer Spezialeinheit in die Ukraine zu verlegen.

Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, zeigte sich diese Woche ebenfalls besorgt über den Migrantenzustrom und die „ungewöhnlichen“ Aktivitäten der russischen Armee im Grenzgebiet zur Ukraine. Er schloss ein Eingreifen Russlands in der Ukraine nicht aus.

Das russische Außenministerium wies Berichte mehrerer westlicher Medien zurück, wonach Russland angeblich Truppen an der Grenze zur Ukraine stationiert haben soll. Der Kreml-Sprecher, Dmitri Peskow, erklärte, Russland verlege Truppen „innerhalb seines Territoriums und nach eigenem Ermessen“.

Russland hat wiederholt Vorwürfe „aggressiver Aktionen“ des Westens und der Ukraine zurückgewiesen und erklärt, niemanden zu bedrohen. Zudem hieß es, dass Äußerungen über die „russische Aggression“ als Vorwand benutzt würden, um „mehr Nato-Militärausrüstung in der Nähe der russischen Grenzen zu stationieren“. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/13/4386413_0:149:3111:1899_1920x0_80_0_0_a0f2f1d53f336d7295371c274ad5407d.jpg

mil-lnr.su: Pressekonferenz offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filipenko über die Lage an der Kontaktlinie vom 13. bis 19. November 2021

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche.

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Feuerprovokationen** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In der letzten Woche wurden 21 Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der

Feuereinstellung von Seiten des Gegners festgestellt, unter anderem unter Einsatz schwerer Waffen, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind.

Von Seiten des Gegners wurden **14 Ortschaften** der Republik beschossen: Wesjanoje,

Molodjoshnoje, Kalinowka, Kalinowo, Kalinowo-Borschtschewatoje, Solotoje-5, Beresowskoje, Sokolniki, Tscherwonyj Prapor, Jushnaja Lomowatka, Perwomajsk, Tscherwonyj Liman, Frunse und Annowka.

Indolge der Beschießungen wurde in Tscherwonyj Prapor die Fensterverglasung eines Hauses in der Uliza Udarnaja 34 beschädigt, in Jushnaja Lomowatka wurde der Asphaltbelag in der Uliza Wojnitsch teilweise beschädigt, eine Elektrounterstation in der Uliza Wojnitsch 3, die Fassade einer Garage, das Dach und Wirtschaftsgebäude in der Uliza Wojnitsch 4 sowie zwei Gasleitungen in der Uliza Fabritschnaja. In Solotoje-5 wurde die Schule Nr. 4 in der Uliza Wojkowa 3a beschädigt, in der zum Zeitpunkt des Beschusses Unterricht stattfand. In Perwomajsk wurde das Gebäude des industriell-pädagogischen Technikums beschädigt.

Außerdem **haben ukrainische Kämpfer einen Soldaten der Volksmiliz gefangen genommen**, gegen den zur Zeit physische, psychische medikamentöse Maßnahmen eingesetzt werden, um ihn zur Abgabe von Falschaussagen zu zwingen.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, diesen Fall zu registrieren und bei der Rückkehr des entführten Soldaten der Volksmiliz der LVR zu unterstützen. ...

Unsere Aufklärung hat 28 Stück Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte bemerkt, die in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert sind. ...

Es wurden 13 Fälle festgestellt, dass Drohnen der OSZE-Mission durch Mittel der elektronischen Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte blockiert wurden. ...

Die nicht kampfbedingten Verluste in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ betragen vom 13. bis 19.11. acht Mann, darunter vier Tote. ...

snanews.de: **Kreml antwortet auf Aufrufe aus US-Kongress zur Nichtanerkennung von Putin**

Der Kreml hat die Initiative von US-Kongressmitgliedern, Wladimir Putin nicht als Präsidenten anzuerkennen, falls er für eine weitere Amtszeit antritt, als „unannehmbar“ kritisiert.

„Jedes Mal glauben wir, dass von der anderen Seite des Ozeans nichts Lächerlicheres, nichts Aggressiveres, Unfreundlicheres und Unkonstruktiveres kommen kann. Und jedes Mal liegen wir falsch. Es kommt leider“, sagte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, am Freitag vor Journalisten. Diese Initiative demonstrierte der ganzen Welt, dass die USA sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen. „Ausschließlich die Russen können bestimmen, wer und wann Präsident der Russischen Föderation sein soll“.

Zwei Kongressmitglieder, Steve Cohen, Co-Vorsitzender der US-Helsinki-Kommission, und sein Kollege Joe Wilson haben dem Repräsentantenhaus am Freitag eine Resolution vorgelegt, in der sie behaupten, dass sich Putin dank Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen in Russland an der Macht gehalten habe. Deshalb wäre eine weitere Amtszeit nach 2024 illegitim. Daher sollten die USA ihn nicht anerkennen, falls er danach an der Macht bleiben würde. Die Resolution wird, selbst wenn sie angenommen werden sollte, nicht verbindlich sein. Vertreter der US-Exekutive haben sich bisher noch nicht zu diesem Thema geäußert, und die Aussichten für die Verabschiedung der Resolution sind fraglich.

Im Juli 2020 hatten die Bürger Russlands in einer Abstimmung mehrheitlich die größte Verfassungsänderung in der Geschichte des Landes unterstützt. Die USA haben danach ihre Sorge darüber geäußert, dass Putin bis 2036 auf dem Präsidentensessel bleiben könnte. Russlands Außenministerium hat daraufhin Washington aufgerufen, sich nicht in innere Angelegenheiten anderer Länder einzumischen.

Bezüglich seiner möglichen Teilnahme an den nächsten Wahlen sagte Putin in einem CNBC-Interview im Oktober, dass er traditionell solche Fragen nicht beantworte, denn das destabilisiere die Situation im Land. Außerdem seien bislang keine Entscheidungen darüber getroffen worden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/01/47701_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_84f7be17864c1f2b62f745f5b78a1844.jpg

snanews.de: **Taiwan eröffnet Vertretung in Litauen unter eigenem Namen – China empört über „ungeheuerlichen Akt“**

Taiwan hat am Donnerstag ein Vertretungsbüro unter seinem Namen in Litauen eröffnet und damit „neue“ Weichen für die künftigen bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten gestellt. China bezeichnete den Schritt als „extrem ungeheuerlichen Akt“ und drohte mit Konsequenzen.

Das Büro habe nun „offiziell“ seine Arbeit in Vilnius aufgenommen, teilte das Außenministerium in Taipeh mit. Es gebe ein enormes Potenzial für die Zusammenarbeit in Branchen wie Halbleiter, Laser und Fintech, heißt es weiter.

„Taiwan wird diese neue Freundschaft auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte schätzen und fördern.“

Das taiwanische Außenministerium gab mittlerweile bekannt, dass das litauische Büro von Eric Huang geleitet werden soll, der derzeit Taipehs Bürochef im benachbarten Lettland ist. „Wir sind sehr froh, dass wir die Möglichkeit haben, die Beziehungen zwischen Taiwan und Litauen zu fördern“, wird Huang von „The Guardian“ zitiert. Zur Verwendung des Namens „Taiwan“ sagte er, dies sei „natürlich sehr bedeutsam“, aber er wolle „den geopolitischen Kontext“ nicht zu sehr betonen – der Fokus liege für ihn nämlich auf der „inhaltlichen“ Seite. Mittlerweile veröffentlichte das Außenministerium Taiwans auf seiner Twitter-Seite ein Foto mit seinen Vertretern, das mit Worten der Dankbarkeit an alle, die die beiden Staaten auf dem Weg zur Annäherung unterstützt haben, versehen wurde:

„Die taiwanische Vertretung in Litauen ist offen und bereit, den Austausch zwischen Taiwan und dem EU-Mitgliedstaat auszubauen. Wir sind der Regierung Litauens und den Freunden weltweit (...), mit deren Unterstützung unserer Länder dieser großartige Tag zustande kommen durfte, sehr dankbar. Danke euch!“

Auch Ausrine Armonaitė, Litauens Ministerin für Wirtschaft und Innovation, äußerte im Namen der Regierung ihre Freude darüber, dass „dieser Tag“ gekommen sei:

Die Eröffnung von „Taiwans Vertretungsbüros“ in Litauen ist ein Ärgernis für China, das sich Mitte August entschieden gegen diesen Schritt ausgesprochen hatte. Aus Peking verlautete: Die Entscheidung verstoße „unverschämterweise“ gegen den Geist des Kommuniqués über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Litauen.

„Es gibt nur ein China auf der Welt“

Die chinesische Seite nahm auf der Webseite seines Außenministeriums bereits Stellung dazu. Demnach erweckt die Eröffnung der Vertretung einen falschen Eindruck vom Prinzip „ein China, ein Taiwan“ in der Welt und verstoße „eklatant“ gegen das Ein-China-Prinzip.

Hinzu kommt, dass der Schritt Chinas Souveränität und territoriale Integrität untergrabe und eine „grobe Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten“ bedeute.

„Die chinesische Regierung protestiert entschieden gegen diesen äußerst ungeheuerlichen Akt und wird alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die nationale Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen“, so das Außenministerium.

Dem Außenministerium zufolge gibt es „nur ein China auf der Welt“ und Taiwan ist „ein unveräußerlicher Teil des chinesischen Territoriums“. Die Regierung der Volksrepublik China sei, heißt es weiter, „die einzige legale Regierung, die ganz China vertritt“.

Anschließend wandte sich China mit einer „ernsten“ Warnung an die taiwanesischen Behörden:

„Das Streben nach einer ‚Taiwan-Unabhängigkeit‘ durch die Unterstützung aus dem Ausland ist ein völlig fehlgeleiteter Versuch, der zum Scheitern verurteilt ist.“

Spannungen zwischen China und Taiwan

China sieht das demokratische Taiwan nur als Teil des eigenen Territoriums an. Nur 15 Staaten – darunter Eswatini und St. Vincent und die Grenadinen – erkennen Taiwan an und müssen dafür auf diplomatische Beziehungen zu China verzichten.

Aus Furcht vor chinesischen Repressalien bezeichnet Taiwan seine De-facto-Botschaften im Ausland üblicherweise als „Taipeh Vertretung“.

Peking droht Taiwan auch damit, die demokratisch regierte Insel notfalls mit Gewalt mit dem kommunistischen Festland zu vereinigen.

Die chinakritische Regierung im EU-Land Litauen hatte Taipeh im Juli erlaubt, den Namen „Taiwan“ bei seiner Vertretung zu führen. Peking zog daraufhin seinen Botschafter aus Vilnius ab und forderte Litauens Regierung auf, ihren Botschafter in Peking ebenfalls zurückzurufen. Zudem stoppte China den Güterzugverkehr nach Litauen und erteilte dem Land keine Einfuhrgenehmigungen für Lebensmittel mehr.

Peking hatte die litauische Seite schon damals gewarnt, dass „es nur ein China auf der Welt gibt. „Das Ein-China-Prinzip“ sei eine weithin anerkannte Norm der internationalen Beziehungen und ein gemeinsamer Konsens der internationalen Gemeinschaft, hieß es.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/13/4389167_0:149:3113:1900_1920x0_80_0_0_aca435b9515f4fe5904ed3b73ac17f4a.jpg